

Der kommende Aufwand

In guten wie in schlechten Zeiten?

Ein Scheidungspapier

Prolog: Irgendwann einmal, so scheint es, sie entsinnt sich kaum noch, haben sie sich die Treue geschworen. Zeit Bestehens ihrer Beziehung hat er sie immer wieder enttäuscht und ihre Ehe in regelmäßigen Abständen in eine tiefe Krise getrieben. Sie hat versucht Kompromisse zu erringen und sich dabei selbst aufgegeben; Sie hat die tiefliegenden Probleme verdrängt und vergessen nur um irgendwie weiter machen zu können. Über jeden Krach wunderte sie sich folgerichtig aufs Neue und suchte die Ursachen erst dort, wo er vom Zaun brach. Aber nicht dieses Mal. Sie nimmt sich die Zeit, sich an die vergangenen Krisen zu erinnern, sie stellt die Zusammenhänge her, wird schließlich entdecken wie unterschiedlich die Interessen liegen, dass sie ihre aufgegeben hat, dass sie nicht zusammen passen, dass diese Ehe nicht für die Ewigkeit gemacht ist: Sie wird die Scheidung wollen.

§1 Rflx: Woher kommt die aktuelle Krise? | Eine kleine Erinnerung

Das Aufblähen von Spekulationsblasen auf den Finanzmärkten ist nicht die Ursache der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus, sondern nur eine Verlaufsform eben dieser: eine Folge von Stockungen der Kapitalverwertung in der Realwirtschaft.

Jahrzehnte selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwungs begründeten sich mit der Ausweitung der standardisierten Massenproduktion auf neue Wirtschaftssektoren, allem voran die Autoindustrie. Diese Ausweitung hat in den 50er und 60er Jahren auch eine Masse neuer Arbeitskräfte gefordert, die

sich durch ihren Arbeitslohn die Massenwaren auch leisten konnten. Die Produktivitätsreserven der standardisierten Massenproduktion hielten Löhne, Gewinne, Angebot, Nachfrage und Arbeitsmarkt lange Zeit in einem stabilen Gleichgewicht.

Dieser Kreislauf wurde unterbrochen, als in den wirtschaftlichen Kernsektoren die weitgehende Automatisierung der Produktionsprozesse einen Großteil der Arbeitskräfte wieder überflüssig machte. Die Arbeitslosigkeit stieg und die Reallöhne fielen, weil die Arbeitskraft – am rapide steigenden

Produktivitätsniveau gemessen – immer weiter entwertet wurde. Die darauf folgende enorme Überproduktion in vielen Wirtschaftssektoren, immer noch allem voran der Autoindustrie, erzeugte einen enormen Druck auf die Profitraten und war Zeichen einer gewaltigen Überakkumulation von Kapital. Das bedeutet, dass das Kapital, das sich in den überproduzierenden Industrien anhäufte, in der Realwirtschaft keine rentablen Anlagemöglichkeiten mehr gefunden hat. Wenn das Kapital aber keine profitable Anlagemöglichkeit findet, der geschaffene Wert also nicht weiterverwertet werden kann, dann steht dem Kapitalismus eine Krise ins Haus. Ausgelöst wurde diese Weltwirtschaftskrise von 1974/75 im Wesentlichen von der enormen Ölpreisanhebung der OPEC im Jahr 1973, begründet liegt sie aber in der Logik der kapitalistischen Ökonomie und deren Voraussetzung eines schrankenlosen und immerwährenden wirtschaftlichen Wachstums.

Der Krise ausgewichen ist das überakkumulierte Kapital durch verstärkte Investitionen in die Finanzmärkte. Das in die Finanzmärkte investierte Kapital fungiert aber nur scheinbar als Kapital, da die Vermehrung von Finanztiteln an den Finanzmärkten, so viele Gewinne sie dem Investor auch abwerfen mag, keine Kapitalverwertung ist. Kapitalverwertung setzt die Produktion von Wert und die Abschöpfung von Mehrwert – und somit die Verausgabung von Arbeit voraus. Den Investoren erscheint die Finanzanlage als ebenso reales Kapital, wie jede andere Anlage auch, solange sie Gewinne für die Anleger abwirft. Allerdings ist die Quelle dieser Kredit- und Spekulationsgewinne nicht der abgeschöpfte Mehrwert einer wertschaffenden Produktion, sondern etwa eine gewonnene Wette auf die Zukunft oder ein anderer Kredit. Die Investition in den Finanzmarkt schafft dem Kapital, das in der Realwirtschaft keine profitable Anlagemöglichkeit mehr findet, eine Ausweichmöglichkeit und facht zugleich die Konjunktur

an, indem es zusätzliche Kaufkraft schafft und so die vorübergehende Aufrechterhaltung des kapitalistischen Normalbetriebs ermöglicht. Notgedrungen öffnete die Politik, etwa durch die Aufhebung des Goldstandards 1973 und die weitgehende Deregulierung der Märkte in den späten 70er Jahren, dem gewaltigen Andrang des überakkumulierten Kapitals die Tore zum Finanzmarkt. Man versuchte also dem enormen Verwertungsdruck des angestauten Kapitals durch die Verpfändung zukünftiger Kapitalverwertung beizukommen.

Das gigantische Krisenpotential von 1974/75 ist nun also in die Finanzmärkte ausgewichen. Da aber die Anlage im Finanzmarkt realökonomisch ebenso wenig gedeckt ist wie die durch sie künstlich erzeugte Kaufkraft, verschärft sich das Krisenpotential in dieser Aufschubphase weiter: Der enorme Druck der Überakkumulation wird in eine Finanzblase abgelassen, die unaufhaltsam weiterwächst und ständig droht sich schlagartig zu entladen, also zu platzen. Ohne dass es jemals zuvor einen solch mächtigen Blasebalg gegeben hat, der den Finanzmarkt aufpustet wie eine Flugzeugturbine einen Spielballon, ist uns aus der Geschichte des Kapitalismus bereits wohl bekannt, dass es im Wesen einer Blase liegt, nicht stetig weiterwachsen zu können, sondern irgendwann platzen zu müssen. Aber dazu später mehr.

Auch die mikroelektronische Revolution, war und ist eine Revolution der Produktivkräfte, die sich auf nahezu sämtliche Wirtschaftssektoren ausgebreitet hat und im großen Stil die gesamtgesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit verringert hat und auch sie führte zu einem enormen Wachstum der Finanzmärkte. Als die erste Welle der langanhaltenden mikroelektronischen Revolution abflachte und die Dotcom-Blase 2000/01 platzte, wurde sie gleich wieder von den Finanzmärkten aufgefangen, als die US-Zentralbank zwischen 2001 und 2003

ihren Leitzins von 6,5% auf 1% senkte um Investitionen über Kredite attraktiv zu machen.

Bei einem Leitzins, der für einen Zeitraum von 2 Jahren sogar unter der Inflationsrate lag, wurden Investitionen in Immobilien in einem Land, indem es durch alle Gesellschaftsschichten hindurch ein anerkanntes Ziel ist in seinen eigenen vier Wänden zu leben natürlich enorm angekurbelt. So stiegen die aufgenommenen Hypotheken in den USA von 2001 bis 2005 auf ein Dreifaches, die Immobilienpreise stiegen trotz stark zunehmender Bautätigkeiten um 10-20% jährlich. Die Banken verspekulierten sich mit der Vergabe von immer riskanter werdenden Krediten, schossen den Kaufpreis der Immobilien bis zu 100% vor, weil sie einen automatischen Nachschub des Sicherheitspuffers durch die immer weiter ansteigenden Immobilienpreise erwarteten.

Wie wir schon aus dem Verlauf der Tulpenkrise im 17. Jahrhundert und allen darauf folgenden Spekulationskrisen wissen, folgt auf die gesteigerte Nachfrage an einem Vermögensobjekt eine Preissteigerung, dann zwangsläufig aber auch irgendwann ein Kurseinbruch, der in der Regel dann einsetzt, wenn die ersten Großanleger ihre Gewinne realisieren wollen und der meist noch schneller und gewaltvoller von Statten geht, als der Kurs zuvor gestiegen ist. Unklar ist jedoch immer, in welcher Phase der Spekulation man sich als Anleger befindet und ob man noch zu den Gewinnern, oder schon zu den Verlierern gehört. Im Fall der Immobilienkrise haben sich die Banken dann mit kompliziert geschnürten Kreditpaketen ihre Fehlspekulationen gegenseitig zugeschoben und so den „faulen Markt“ gut durchgeführt.

Über eigens zu diesem Zweck angelegte Tochtergesellschaften im Ausland, sogenannte Structured Investment Fonds, haben sich vornehmlich öffentliche Banken den Handel dieser faulen Kreditpakete mit kurzfristigen Anleihen refinanziert und das Entwertungspotential weiter aufgeschoben und weiter verschärft. Als das Misstrauen an den Urteilen der von den ausgehenden Banken bezahlten Rating-Agenturen die Runde machte, erst Wertberichtigungen der Immobilien stattfanden und klar wurde, dass auch die Anpassung des bei den meisten Krediten vereinbarten variablen Zins die Fehlspekulationen nicht annähernd auffangen würde, standen einige Banken bereits offensichtlich tief in der Kreide, andere wiederum vor einer unübersichtlichen Ansammlung von Kreditpaketen, deren Ausmaß an „faulen Krediten“ bis heute nicht restlos aufgedeckt werden konnte. Infolge dessen wuchs das Misstrauen zwischen den Banken und der Interbankhandel, der den reibungslosen Ablauf des kapitalistischen Betriebs mit kurzfristigen Krediten fernab von großen Formalitäten ermöglicht, kam beinahe zum Erliegen und brachte den Weltmarkt ins Stocken. Da zahlreiche Banken ihrem Bankrott entgegenblickten und sich darunter auch „systemrelevante Banken“ befanden, wie die Bundesregierung die HRE bezeichnete, mussten viele Staaten gigantische Verluste auffangen und wurden dabei teilweise selbst substantiell gefährdet [...]

Pedro Orlando fürs projekt [k]

Lass uns mal über den Kapitalismus reden

Die aktuelle Krise ist eine Krise, deren Ursprünge nicht in „entfesselten“ Finanzmärkten liegen, sondern in Strukturproblemen der kapitalistischen „Realwirtschaft“. Nicht ein Mangel, sondern zu viel Kapital ließ die Notwendigkeit entstehen, mit neugeschaffenen „Finanzdienstleistungen“ neue Anlagemöglichkeiten zu schaffen, da Investitionen in die Realwirtschaft in großen Teilen der industrialisierten Länder nicht mehr genug Erfolg versprachen. Dieses Zuviel an Kapital lässt eines der wichtigsten Merkmale dieser aktuellen Krise verstehen: Die Gleichzeitigkeit von massenhaftem Elend oder doch zumindest Verelendung und einem Überangebot an Waren. In den USA patrouillieren noch immer Polizisten durch ganze verlassene Straßenzüge in Wohngebieten, um sicherzustellen, dass die Bewohner, die ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten, auch wirklich in der nahen Zeltstadt wohnen, während ihr Haus ungenutzt im Zwangsversteigerungsverfahren keine Käufer findet. In der Automobilindustrie gibt es weltweit mindestens 20% Überkapazitäten, und trotzdem werden weiter neue Werke gebaut, die Autos herstellen, die niemand kaufen kann. Und weiter müssen diejenigen, die noch eine Arbeit haben, sich Arbeitsbedingungen fügen, die massenhaft psychische Krankheiten erzeugen, während immer mehr Menschen in der Arbeitslosigkeit von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Dies bedeutet aber schlicht nichts anderes, als dass immer mehr Gegenstände produziert werden können, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, und dazu auch noch immer weniger menschliche Arbeit notwendig ist. Trotzdem werden diese Gegenstände den meisten Menschen vorenthalten, und die Arbeit wird nicht etwa vernünftig unter den Menschen verteilt, sondern ein Teil arbeitet bis zur Einweisung, der andere gar nicht. Gut nachvollzieh-

bar, dass immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass „etwas nicht stimmt“, dass die Gesellschaft im wörtlichen Sinne verrückt ist; kaum nachvollziehbar, dass es nur so wenige sind, und dass es zumeist bei einem diffusen Gefühl bleibt.

Der Hanseat im Spielcasino

So absurd es klingt: Die aktuelle Krise ist, wie bereits gesagt, nur zu verstehen als das Ergebnis von zu viel angehäuften Kapital, nicht von einem Mangel an Kapital. Denn: Jeder Profit, der in der „Realwirtschaft“ erwirtschaftet wird, muss wieder eingesetzt werden, um sich selbst zu vermehren. Auch wenn Geld nicht irgendwann anfängt zu verschimmeln, so eignet es sich doch nicht zur Konservierung von erwirtschaftetem Profit, da sein Wert (d.h. die Eigenschaft einer bestimmten Menge Geld, gegen eine bestimmte Menge Güter oder Dienstleistungen eingetauscht zu werden) nun bekanntermaßen nicht konstant, sondern schwankend ist (und Geld üblicherweise an Wert verliert). Erwirtschaftete Profite müssen also zwingend wieder investiert werden, und zwar so, dass sie wiederum helfen, mehr Profit zu erwirtschaften.

Wenn sich diese Situation gesamtwirtschaftlich durchsetzt, schlägt die Stunde der Finanzwirtschaft: Investitionen werden nun in den Finanzsektor geleitet; in den Aktienhandel (Ankauf von anderen Unternehmen, die noch produktiver arbeiten als das eigene Unternehmen), in Staatsanleihen, in Derivate, Credit Default Swaps... Weiter versuchen die Apologeten des Bestehenden die Krise mit der „Zombiethese“ zu erklären: Nicht die Ökonomie ist verrückt, sondern nur einige gierige Spekulanten und Mägler sind

spontan auf die Idee gekommen, nur noch kurzfristige Gewinne vor Augen zu haben, und langfristiges unternehmerisches Handeln zu vernachlässigen. Woher kommen die denn auf einmal alle, diese ganzen „Nieten in Nadelstreifen“, wo haben sie sich abgesprochen, gerade jetzt kollektiv am Rad zu drehen, und wo sind sie alle hin, die guten „hanseatischen Kaufleute der alten Schule“? Woher der moralische Verfall der 1% in kürzester Zeit? Wir sind die 99%? Sicher, aber 99% der 99% würden und könnten nicht anders handeln die 1%, wenn sie in der Position der 1% wären. Nein, es ist kein Zufall und nicht die Idee von einigen gierigen „Finanzhaien“ und mit ihnen verbündeten Politikern, dass die weitreichende Deregulierung der Finanzmärkte und die Schaffung immer neuer Finanzdienstleistungen in praktisch allen entwickelten Staaten der westlichen Welt zum praktisch gleichen Zeitpunkt beginnt (unter Reagan in den USA, Thatcher in Großbritannien, Kohl in Deutschland). Sie sind das Ergebnis des erstmaligen Stockens der „Realwirtschaft“ seit dem 2. Weltkrieg. Und so ist es auch zu verstehen, dass heute kaum noch 5% der weltweiten Geldströme durch Warenströme gedeckt sind. Es ist aber klar: Jeder Form von Kredit oder Anleihe steht eine Form von Verschuldung gegenüber, deren Tilgung „real“ erwirtschaftet werden muss.

Die Mutter aller Krisen

Jede Aktie, jede Fondsbeteiligung, jede Staatsanleihe usw. ist (genau wie stinknormales Geld) letztlich nichts anderes als der Anspruch des Besitzers auf irgendwelche „realen“ Gegenwerte. Jedem dieser Ansprüche muss also auf der anderen Seite irgendeine Form von Schuld entgegenstehen. Das Aufblähen der Finanzinvestitionen in einem Bereich ist so lange problemlos möglich, bis die nicht ausreichende Deckung der Ansprüche durch reale Gegenwerte offen-

sichtlich wird. In kleineren, weitgehend abgegrenzten Bereichen ist dies in der Geschichte dutzendfach vorgekommen und in kapitalistischen Ökonomien auch soweit ganz normal, zum Schaden der Beteiligten. Man denke an das Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000: In einer Phase allgemein stagnierender Wirtschaft schien sich mit dem IT-Bereich eine neue Branche gefunden zu haben, in der Investitionen noch hoch erfolgsversprechend schienen. Massenhaft floss Kapital in irgendwelche Garagenunternehmen, die teilweise nicht ein einziges Produkt am Markt anbieten konnten, aber irgendwelche neuen Technologien entwickelten. Rasant steigende Kurse führten zur Spekulation auf weiter steigende Kurse. Einige „Zukunftsunternehmen“ schrieben nicht eine Zeile Programmcode, aber umso mehr Zeilen Werbegeschwurbel über nicht vorhandene Produkte und zukünftige Gewinnerwartungen. Dass die eigenen Gewinnerwartungen nicht eingelöst werden konnten demonstrierte bald die gesamte Branche, die Überbewertung wurde unübersehbar; schlauere oder erfahrenere Anleger zogen ihr Geld mit gigantischen Gewinnen ab, weniger schlauen und erfahrenen wurde nach dem Kurssturz ihr Vermögen abgezogen. Pech gehabt, kommt vor, weiter geht's.

Die Krise, mit der es die Menschen heute weltweit zu tun haben, beschränkt sich hingegen nicht auf einen abgegrenzten Teil der Wirtschaft. Das Gerede der immer neuen Krisen (Eurokrise, Bankenkrise, Kreditklemme, ...) kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass dieses Mal nicht irgendeine einzelne Branche heillos überbewertet ist und ihre Gewinnerwartungen nicht erfüllen kann, sondern die gesamten Volkswirtschaften in den entwickelten Ländern, nicht nur in den USA, nicht nur in Irland, Spanien, Italien, Griechenland, sondern auch in ganz Europa, ja weltweit. Daher konnte das Platzen der Subprime-Blase in den USA, das als Auslöser der Finanzkrise gilt, nicht den gleichen beschränkten

Verlauf nehmen wie im Falle der Dotcom-Blase, und deswegen ist das Sprechen von „Systemrelevanz“ einzelner Banken kein bloßes propagandistisches Mittel zur Durchsetzung einer bestimmten Politik: Der Staat muss sie retten, will er nicht seine eigene Existenzgrundlage aufs Spiel setzen. Das Platzen dieser „Mutter aller Blasen“, die sich seit den 1970er Jahren gebildet hat, würde die Volkswirtschaften zusammenbrechen lassen, und einen weltweiten Reset der Ökonomien nach sich ziehen. Dass die Staaten, vor allem die, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Weltwirtschaft eine bestimmende Rolle eingenommen haben, dies nicht zulassen können, liegt auf der Hand. Die Staaten sind also dazu gezwungen, an den Stellen, an denen die Blase zu platzen droht, einzuspringen. Einerseits, indem dort, wo sich die Abwärtsspirale unkontrolliert in Gang setzt, Verluste übernommen werden um die Blase weiter „dicht“ zu halten (z.B. HRE), andererseits, indem versucht wird, die Konjunktur in der Realwirtschaft zu beleben, um die Überbewertungen „von unten“ zu verringern (z.B. Abwrackprämie). Dies ist für die Staaten keine Frage des (politischen) Wollens, sondern eine Frage des Überlebens.

Doch was passiert, wenn die Staaten in dieser Weise die Wirtschaft am Laufen halten wollen? Die Probleme werden lediglich um eine Instanz weiter verschoben bzw. die Staatshaushalte werden als Puffer benutzt. An den realwirtschaftlichen Ursachen der Krise ändert dies rein gar nichts. In dem Moment, in dem sich Anleger aus dem Markt zurückziehen und die Blase zu platzen droht, bringt der Staat seinen Haushalt ins Spiel und pumpt massiv Geld zur Stabilisierung in die Märkte oder gibt zumindest Garantien ab, dies zu späterer Zeit zu tun. Tatsächlich kann dies in Einzelfällen kurzfristig erfolgreich sein (wie im Falle des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes in Deutschland), trotzdem ist all dies nicht als ein weiterer Krisenaufschub. Und natürlich übersteigen

diese Maßnahmen die Möglichkeiten der staatlichen Haushalte bei weitem. Selbstverständlich wären die Staaten nicht dazu in der Lage, alle bisher gemachten Garantien auch einzulösen. Doch auch schon durch die bisher tatsächlich eingesetzten Mittel sind die Haushalte stark in Mitleidenschaft gezogen worden. So sind diejenigen Staaten, deren Fähigkeit zu selbstständiger Rekapitalisierung unmöglich oder zumindest prekär geworden ist, zu einer weiteren Bedrohung für die anderen Staaten geworden, die sich bisher nur auf dem Weg in dieselbe Richtung befinden. Der inzwischen offen diskutierte Staatsbankrott Griechenlands würde vermittels der im Ausland gehaltenen Staatsanleihen diverse Banken in Europa in ihrer Existenz bedrohen, was aufgrund gegenseitiger Abhängigkeiten mal wieder die ganze Branche zum Wackeln bringen würde. Die Staaten untereinander nehmen so die Funktion zusätzlicher „systemrelevanter“ Elemente ein – und müssen mit den gleichen Mitteln des Staatsinterventionismus gerettet werden. Daher ist das Kompetenzgerangel (wer regiert die EU? Die Europäische Kommission oder das Kanzleramt?) und jede Diskussion etwa über Eurobonds Augenwischerei – der Name wird sich gewiss ändern, aber ohne eine Form der gemeinsamen Aufnahme von Krediten mit gemeinsamer Haftung der beteiligten Staaten wird sich die gemeinsame Währung kaum auch nur mittelfristig erhalten können. Währenddessen mahnt man in Amerika das entschiedene politische Eintreten für eine Lösung der Eurokrise an, während man in Brüssel die Gefahren der US-amerikanischen Staatsverschuldung fürchtet.

Die Staaten haben also keine Möglichkeit, aus dem Karussell auszusteigen, und gleichzeitig bringt sie jede Krisenrettung, jede „chirurgische Operation“ an den Märkten dem eigenen Untergang näher. Das Ende ist unausweichlich, auch wenn halbwegs geschicktes deficit spending das Platzen der Blase aller

Blasen noch eine Zeit lang aufschieben könnte. Wie geht es also weiter?

Nachdem die Staaten ihre Subventions- und Interventionspolitik in nicht allzu ferner Zukunft aufgeben werden müssen, werden die Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise wieder voll durchschlagen: Diese erzwingen die „Lösung“ der Probleme einer bis zum Äußersten ausgereizten „Realwirtschaft“ durch massive Kapitalvernichtung. Indem zunächst große Teile des fiktiven Kapitals (Kredite, Staatsanleihen, Wertpapiere, Obligationen usw.) ganz oder teilweise ihren Wert verlieren, wird – da sich dieses fiktive Kapital bei einer sehr geringen Zahl von Menschen angesammelt hat – eine große Umverteilung von Oben nach Unten in Gang gesetzt. Dies scheint zunächst nicht gerade unangenehm, löst aber die Probleme noch nicht. Um die Selbstverwertung in der Realwirtschaft wieder in Gang setzen zu können müssen weiter große Teile dieses Kapitals vernichtet werden: Unternehmen müssen bankrottgehen, Produktionsanlagen müssen großflächig stillgelegt und „überflüssige“ Güterbestände müssen vernichtet werden. Dieserart Auswirkungen sind für meisten Menschen schon weniger attraktiv: Weiter verringerte Lohnniveaus und Sozialversicherungssysteme, massenhaft einbrechender Lebensstandard und Verelendung könnten den Boden dafür bereiten, dass sich das ganze Spiel ein weiteres Mal wiederholen kann. An diesem Punkt könnte allerdings auch einmal über die Spielregeln gesprochen werden.

Johannes fürs projekt [k]

Der bürgerliche Staat und ich – Sicherheit, Bedürfnis und Grenzen

Jeder Mensch, gleich wo geboren, ist im Laufe seines Lebens mit dem Staat konfrontiert. Der Staat stellt die Strukturen in die wir hineinwachsen: Wir erhalten unsere Ausbildung in staatlichen Schulen, Universitäten; wir beantragen unseren Personalausweis im Rathaus und zahlen unsere Bußgelder dort, der Staat sichert uns eine Rente zu und wenn wir des nachts von den Partys nach Hause laufen, kann es passieren das wir von der Staatsmacht gebeten werden uns zu identifizieren. Der Staat/die staatlichen Strukturen durchdringen unser Sein. Darüber hinaus verhält sich der Staat nicht nur zu seinen Bürger_Innen, sondern auch nach außen: Grenzen, Flaggen, Wappen, Hymnen, Militärmanöver und staatlich-organisierte Jubelfeiern geben der Welt ein Bild vom Wesen des Staates. Es steht auch nicht jedem Menschen offen Teil diesen oder jenen Staatswesens zu werden. Reisevisa, Aufenthaltsgenehmigungen, Green-Cards und spezifische Gesetze bestimmen rigide wer rein darf und wer draußen bleiben muss.

Der Staat hat also unlegbar mit uns zu tun, er *„bleibt weltverwaltender Zustand, der sich durch mich und mich bewegt“* (Blumfeld). Aber warum partizipieren wir bei diesem Spiel? Wo liegt der Gewinn? Nun, der Staat bietet uns auch etwas an – er bietet Teilhabe an materiellen und immateriellen Ressourcen (z.B. Bildung), garantiert uns (insofern er dies noch kann), dass unsere Arbeitskraft auf dem Markt auch entsprechend entlohnt wird und die Interessen zwischen Arbeiter_Innen und denjenigen, die im Besitze der Produktionsmittel sind halbwegs ausgeglichen sind. Zumindest versuchte er dies jahrzehntelang in der alten BRD u.a. mittels des Konzepts der „sozialen Marktwirtschaft“. Gemeinverständlicher: Der Staat gewährt Rechte, Renten, Versicherungen und sorgt zudem dafür, dass auch jene, an deren Arbeitskraft kein Interesse besteht nicht verhungern müssen

(schafft einen gewissen Wohlstand) – andererseits sorgt er dafür, dass die Produktionsbedingungen so günstig wie möglich für die Besitzenden bleiben, stetiges ökonomisches Wachstum/ein steter Gewinn möglich ist/scheint und niemand allzu offen gegen die Verhältnisse kapitalistischer Totalität rebelliert. Wo doch ein gewisser Unmut sich Bahn bricht, tritt die Staatsmacht als Repressionsorgan auf und stellt mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln *die Ordnung* wieder her.

Die kapitalistischen Verhältnisse wurden (und werden) also staatlich vermittelt. Die kapitalistische Wirtschaftsform/Ökonomie auf der einen und die Politik/der Staat auf der anderen Seite sind zwar zwei relativ voneinander getrennte Sphären, doch sie sind strukturell aufeinander angewiesen. Kurzum: Ohne bürgerlichen Staat kein Kapitalismus und ohne Kapitalverhältnis kein bürgerlicher Staat. Für die bürgerliche Geschichtsschreibung ist der Staat von jeher da – er ist eine dem Menschen natürliche Existenzweise, so wie eben auch (im bürgerlichen Bewusstsein) seit Anbeginn der Menschheitsgeschichte in Formen des Kapitalverhältnisses gewirtschaftet, gearbeitet wurde.

Der Staat ist also integraler Bestandteil einer kapitalistischen Totalität – er ist mitnichten Souverän, der für einen allgemeinen Wohlstand auftritt! Je nach historischer Phase und ökonomischer Verfasstheit kümmert er sich (mal mehr, mal weniger) um seine Bürger_Innen. Die permanente Akkumulation von Kapital ist die Triebkraft der kapitalistischen Gesellschaft weltweit, nicht die Absicherung der in dieser Gesellschaft lebenden Menschen.

Deshalb scheint es eben vollkommen unsinnig und paradox an den Staat zu appellieren: Was kann er uns (außerhalb der Bereitstellung von Strukturen

für den kapitalistischen Alltagsbetrieb) garantieren? In den letzten Jahren immer weniger. Im Zuge einer systemischen Krise des Kapitals verkommen die von den Arbeiter_Innen erkämpften Rechte zusehends, soziale Sicherungssysteme werden aufgehoben, staatliche Renten werden drastisch gekürzt, Menschen verlieren ihre Arbeit, ihre Wohnungen und zusehends auch ihren Glauben an diesen angeblich *alternativlosen* Weg in dem Maße, in dem der Staat zur „Rettung“ des kapitalistischen Systems Milliarden aufbringt und *demokratische* Strukturen aushebelt.

Es geht wohl ans Eingemachte und deshalb sollte man sich über den Charakter des Staates keine Illusionen machen. Egal, ob es sich um die Kampagne für ein bedingungsloses Grundeinkommen handelt oder um Forderungen nach „echter Demokratie“ oder auch um die Forderung nach mehr Transparenz und Information kapitalistischen Markt und Börse betreffend: Im Staat und seinen Vermittlungsformen drücken sich konkrete Kräfteverhältnisse zwischen Klassen aus. Und da die Verhältnisse zu Gunsten der herrschenden Klasse stehen, wird sich der Staat mitnichten für das vermeintliche oder tatsächliche Wohl der vermeintlichen oder tatsächlichen *Mehrheit* („*Wir sind die 99%*“) einsetzen. Wieso sollte er? Es sollte der Irrglaube verschwinden, dass Herrschaft und Ausbeutung bürgerlichem Recht und Demokratie entgegenstehen: Mitnichten – sie vollziehen sich seit Jahrhunderten in diesen Formen! Es kann nicht ausreichen Staats- und Regierungschefs bei internationalen Treffen daran zu erinnern (oder darum zu bitten), dass sie sich dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlen sollten. Es muss vielmehr darum gehen, Formen zu entwickeln, Bewegungen zu entwickeln, die diese geforderten Rechte erkämpfen und vor allem auch auf Dauer verteidigen können. Der Ruf nach bloßer Ersetzung des Herrschaftspersonals, bloßen *Reformen* führt in den kommenden Kämpfen (die

zweifellos geführt alsbald geführt werden – müssen) nicht weiter.

Auch die Artikulation der Idee einer imaginierten *Mehrheit* (99% – siehe oben) anzugehören und sich gegen die *Wenigen* (Banker, Börsenhändler, Spekulanten...) zu stellen, welche die Verhältnisse zementieren und die Ungleichheit erhalten wollen hat wenig mit einer wirklichen Analyse der Verhältnisse zu tun, vielmehr mit einem Wunschdenken und pathetischem Gebaren. Die Herrschaft einer Klasse über andere Klassen hat es immer gegeben – doch hat die Klassenherrschaft in einem bestimmten historischen Moment eine andere Form angenommen: Die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft.

Warum hat die herrschende Klasse stattdessen nicht einfach einen privaten Apparat geschaffen: warum die Form eines entpersonalisierten, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht? Auch dies hängt mit den Strukturen kapitalistischer Vergesellschaftung zusammen: Die Menschen beziehen sich durch Kauf und Verkauf, durch den Austausch von Waren aufeinander. Damit dies funktioniert, bedarf es ihrer gegenseitigen Anerkennung als freie und gleiche Warenproduzenten und Eigentümer wie auch einem Rechtssystem, dass Anerkennung und Schutz des Eigentums durchsetzen kann – ebenso der Produktionsmittel. Erkennt man dieses Rechtssystem an, so erkennt man die ungleichen Verhältnisse an und jede/r hat Anteil an der steten Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse! Der Staat des Kapitals garantiert diese Reproduktion zudem durch sein Gewaltmonopol und setzt sich in konkreten Fällen (ist das große Ganze bedroht) auch gegen die Interessen einzelner Kapitalist_Innen durch. Die Kollision verschiedener Kapitalinteressen ist durchaus nichts Außergewöhnliches – der Staat fungiert als übergeordnete Instanz, die zur Not auch hier zu einer *härteren Gangart* übergeht. Niemals jedoch wird der Staat gegen das bürgerlich-

kapitalistische Verwertungssystem an sich opponieren!

Im Zuge der medialen Wahrnehmung der Protestbewegung(en) der letzten Monate wurde sehr viel von *Demokratie* geschrieben/gesprochen, so dass konkret nunmehr sehr schwammige bis absolut divergierende Vorstellungen (vor allem in diesen Bewegungen selbst) davon herrschen, was den *demokratischen Rechtsstaat* eigentlich ausmacht. Neben den oben bereits beschriebenen Faktoren (Auf- und Ausbau eines Rechtssystems und Gewaltmonopols zur Durchsetzung der Formen kapitalistischer Vergesellschaftung) vor allem die Idee, die Massen von politischen Entscheidungsprozessen fernzuhalten. Die (historisch bisweilen notwendige) institutionelle Einbindung abhängiger Massen (durch das allgemeine Wahlrecht, später das Frauenwahlrecht etc.) ist im repräsentativen demokratischen System ergänzt durch ein auf ein Minimum reduziertes *Mitspracherecht*. Die Bürger_Innen sorgen lediglich für einen halbwegs regelmäßig stattfindenden *Personalwechsel* unter den Mandatsträgern – dafür übergeben sie ihnen alle Entscheidungsmacht, in der Hoffnung, dass diese ja *auch* gebunden seien an Recht und Gesetz.

Wie dehnbar Gesetze und wie provisorisch scheinbar einklagbare Rechte jedoch sind, zeigt der *demokratische* Staat gerade in den letzten Jahren. Passen Gesetze/Rechte/Werte des Staates nicht mehr zu den benötigten Formen des kapitalistischen Systems, dann müssen sie verändert oder abgeschafft werden. Ein sinniges Beispiel wäre der seit Jahren umkämpfte „einkaufsfreie“ Sonntag. Es gelingt dem in der frühen Bundesrepublik einst mächtigen christlich-konservativ-bürgerlichen Block nicht mehr den „heiligen“ Sonntag gegen die Zugriffe des kapitalistischen Markts zu verteidigen. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis der Sonntag endlich ein

ganz gewöhnlicher Wochen- und Werktag ist: Ein Tag mehr, an dem konsumiert und Gewinn erwirtschaftet werden kann.

Eine systemische Krise des Kapitals deutet es an: Neue Formen der Herrschaftsvermittlung werden entstehen. Möglicherweise weit rigidere Formen als jene, die wir bis jetzt kennen. Die Frage wäre, was dem jenseits von Bitten, Betteln, Flehen und *sanften* Formen der Kritik entgegengesetzt werden könnte.

Es liegt an uns im Staat zunächst das zu Erkennen was er ist und nicht was er (vielleicht im Denken mancher...) sein sollte: Der Staat ist eine Form von Herrschaftsvermittlung – konkret das Terrain, in dem sich bestimmte Klassen zueinander verhalten. Er ist nicht der Garant für das Allgemeinwohl aller, sondern Garant für die Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse. Der bürgerlich-kapitalistische Staat sollte folglich nicht in seinen besten Teilen erhalten oder gar ausgebaut werden, er sollte nicht idealisiert/romantisiert oder als letzte Bastion im Kampf gegen das Kapital verstanden werden. Er sollte vielmehr (in einem sehr viel weitergehenden Prozess, u.a. auch der Verschiebung ökonomischer Kräfteverhältnisse) *absterben* und es uns so ermöglichen neue Formen des Umgangs miteinander zu etablieren.

Jost Eisenstein für das *projekt [k]*

Von der Empörung zur Organisation – Kurze Anmerkung zur Organisationsfrage

Wenn man an einer grundlegenden, wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und nicht an bloß kosmetischen Korrekturen interessiert ist, muss man von einer rein symbolischen Praxis zu wirklichem Handeln übergehen. Wirkliches Handeln muss auf die wirklichen, d.h. auf die materiellen Grundlagen der Gesellschaft zielen. Wirkliche Veränderungen der Gesellschaft können nur durch die Umgestaltung der Eigentums- bzw. Produktionsverhältnisse erzielt werden.

Wenn man gesellschaftliche Veränderungen durchsetzen will, kann man das nicht alleine tun. Es muss eine gesellschaftliche Bewegung vorhanden sein, die mit den Verhältnissen nicht mehr einverstanden ist; eine Bewegung mit einem Willen zur Veränderung dieser Verhältnisse. Meist sind solche Bewegungen zunächst das Resultat eines oft noch undeutlichen Gefühls, dass „etwas nicht stimmt“. Zurzeit lässt sich die massenhafte Verbreitung eines solchen Gefühls fast überall feststellen. Überall auf der Welt geben Menschen ihrem Gefühl Ausdruck, indem sie auf die Straße gehen, Plätze besetzen, sich in Camps zusammenfinden. Das geschieht in einer Situation, in der die Herrschenden nicht wissen, wie sie Herr der Probleme werden sollen, die die kapitalistische Wirtschaftsweise hervorbringt. Allerdings ist auch die Bewegung der Unzufriedenen und Empörten noch nicht in der Lage, eine Perspektive zu entwickeln, die ihren Interessen entspricht. Dabei wird es für die Menschen, die nicht das Glück haben, über Produktionsmittel zu verfügen, in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren immer wichtiger werden, eine Perspektive zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise zu entwickeln. Schon jetzt machen sich die Einschnitte der letzten Jahre bemerkbar. So sind in den letzten 10 Jahren die Real-

löhne um mehr als 7% gesunken, viele Menschen sind trotz Arbeit auf Transferleistungen angewiesen, Alters- und Kinderarmut sind keine Ausnahmereischeinungen. Weitere Einschnitte sind zu erwarten, wenn der ökonomische Abwärtstrend anhält und die von Deutschland diktierten Sparprogramme die Rezession vertieft haben. Hart, wahrscheinlich am härtesten wird es all jene treffen, die abhängig von staatlichen Leistungen sind. Aber auch an die Lohnabhängigen werden im Namen des Standorterhalts weitere Forderungen zum Verzicht, in erster Linie auf einen angemessenen Lohn, ergehen.

Die Heterogenität, die die Bewegung der Besetzer auszeichnet, ist zwar zum einen einer ihrer Vorzüge, weil sie Menschen aus verschiedenen Richtungen und gesellschaftlichen Bereichen mit den unterschiedlichsten Vorstellungen zusammenbringt; sie ist aber zum anderen gleichzeitig ein großes Problem und Hindernis, wenn es um die Formulierung von Zielen und der Bestimmung der Mittel zum Erreichen dieser Ziele geht. Wenn es wie jetzt bei einer Ansammlung, einem Nebeneinander von Meinungen und Weltanschauungen bleibt, kann sich aus der Bewegung keine wirkliche gesellschaftliche Kraft entwickeln, um die Verhältnisse umzuwälzen. Denn es ist längst nicht damit getan, dass ein paar Leute sich auf einem Platz einfinden oder zusammen demonstrieren. Dieses Zusammenkommen kann nur ein erster Schritt sein, der zwar notwendig aber längst noch nicht hinreichend ist. Ein gemeinsames Ziel muss formuliert werden, eine gemeinsame Basis, auf deren Grundlage die Menschen gemeinsam handeln können. Dabei müssen naturgemäß Inhalte und Richtungen, die den Interessen der Bewegung widersprechen, ausgeschlossen werden. Vielfalt ist eine gute Sache, sie

wird aber zur Einfalt, wenn sie unangesehen des jeweiligen Inhalts verabsolutiert wird.

Um gemeinsame Ziele verfolgen zu können, muss die jetzt entstehende Bewegung zu einer organisierten Kraft werden. Man wird sich leicht vorstellen können, dass eine Bewegung, die in verschiedene, einander möglicherweise entgegengesetzte Richtungen verläuft, keinen Erfolg haben kann; wenn sie in Fraktionen zerfällt, die sich gegenseitig blockieren und schwächen. Das zeigen nicht nur die verschiedenen Studentenproteste der vergangenen Jahre, auch die Proteste gegen Hartz IV und viele ähnliche Bewegungen. Es muss eine organisatorische Einheit hergestellt werden, die sich eine bestimmte Richtung gibt. Dafür ist es erforderlich, nicht bei der Unmittelbarkeit des konkreten Anlasses der Empörung und Enttäuschung stehen zu bleiben, sondern sich über dessen Ursachen und die Zusammenhänge klar zu werden. Andernfalls bleibt es bei einem berechtigten aber privaten und damit ohnmächtigen Unbehagen.

Um den Anlass des eigenen Unbehagens auf die zugrundeliegende gesellschaftliche Struktur zurückzuführen, ist theoretische Arbeit unerlässlich. Dabei ist das Durchschauen der gesellschaftlichen Zusammenhänge ist kein Privileg einiger Auserwählter. Prinzipiell sollte das für jeden möglich sein, der bereit ist, die Wirklichkeit nicht bloß als eine Ansammlung einzelner unverbundener Phänomene wahrzunehmen, sondern als notwendigen Zusammenhang zu denken. Zudem muss die theoretische Tätigkeit ja nicht allein im stillen Kämmerlein vollzogen werden, sondern gemeinsam. Auch muss hierbei nicht bei null begonnen werden, da ja bereits umfangreiche Versuche existieren, die kapitalistische Gesellschaftsform auf den Begriff zu bringen. Die Rolle derer, die bereits einen Vorsprung in Sachen Theorie haben, muss es dabei sein, den anderen beim Durchdenken der Zusammenhänge behilflich zu sein, nicht sie zu bevormunden. Denken muss ohnehin jeder selber.

Planvolles, d.h. theoretisch geleitetes Handeln ist eine entscheidende Seite des Prozesses, der zu einer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse führen soll. Ohne einen Begriff der Gegenwart, die es zu verändern gilt, wird jedes Handeln blind. Eine wesentliche Aufgabe von Organisation ist es, die Einheit von Theorie und Praxis realisieren. Nur ein zielgerichtetes, gemeinsames und bewusstes Handeln, das auch die Voraussetzungen der eigenen Ziele reflektiert, kann den seinen Zweck erfüllen.

Es gibt allerdings weitere wichtige Gründe, sich zu organisieren. Jede Bewegung, die grundlegendere gesellschaftliche Veränderungen erstrebt, muss mit einer organisierten Gegenwehr derer rechnen, die ein Interesse am Erhalt des Status quo haben. Die Organe des Staates, die der Aufrechterhaltung des Bestehenden dienen, sind in der Tat organisiert und darüber hinaus auch noch dazu legitimiert, Gewalt gegen alle anzuwenden, die sich gegen die bestehenden Verhältnisse richten. Aber nicht nur mit diesen ist zu rechnen. Denn es ist leider oft so, dass Gruppen, die nicht nur die bestehenden Verhältnisse erhalten wollen, sondern noch weitaus reaktionärere Ziele verfolgen, weitaus besser organisiert sind, als diejenigen, die einen gesellschaftlichen Fortschritt verwirklichen wollen. In Deutschland haben das die für die rassistischen Morde der vergangenen 10 Jahre verantwortlichen Nazis mehr als deutlich gemacht. Auch an der Entwicklung des „Arabischen Frühling“ lässt sich das ablesen. Hier sind es die reaktionärsten islamistischen Gruppen, die (neben dem Militär) am besten organisiert sind.

Ein wesentliches Merkmal der aktuellen Bewegung ist die Skepsis beziehungsweise Abwehrhaltung gegenüber politischen Organisationen. Eine solche Haltung ist zunächst durchaus verständlich, weil sie auf der Erfahrung beruht, dass Organisationen oft so handeln, als seien ihre Interessen von denen der organisierten Individuen getrennt. Die

Organisationen haben sich so den Individuen gegenüber verselbständigt. Organisationsformen, die so etwas begünstigen sind der gesellschaftlichen Wirklichkeit längst nicht mehr angemessen. Nun darf aber eine solche berechtigte Haltung nicht zur Ablehnung von Organisierung überhaupt führen. Zurzeit scheint die Occupy-Bewegung sich eine Organisationsform geben zu wollen, die in ihrer Struktur einem Netz entspricht. Dies ist eine Form des Zusammenschlusses, bei der die einzelnen nur äußerlich, nur durch den äußeren Anlass miteinander verbunden sind, ohne einen wirklichen Zusammenhang zu bilden. Das entspricht der Vereinzelung der Individuen im Alltag, in dem die einzelnen in Konkurrenz zueinander stehen. Die Bewegung scheint so Nichtorganisierung zu ihrem Organisationsprinzip machen zu wollen. Dieser Widerspruch muss sich früher oder später bemerkbar machen. Organisation und Individuen werden hierbei als einander entgegengesetzt vorausgesetzt. Die Beziehung der Menschen untereinander wird so vor allem als die gegenseitige Einschränkung ihrer Freiheit wahrgenommen. Dieses bürgerlich liberale Verständnis von Freiheit denkt die Freiheit des Einzelnen als etwas seiner Gesellschaftlichkeit Entgegengesetztes. Freiheit wird betrachtet als etwas, das der Einzelne gegen die vielen durchsetzen und verteidigen muss. Sie gilt hierbei wesentlich als Wahlfreiheit und damit als Nichtbeschränkung der Möglichkeiten des Einzelnen. Freiheit wird in dieser Sicht als bereits verwirklichte vorausgesetzt. Ihre Voraussetzungen können dabei nicht mitgedacht werden, da sie als bloße Beschränkungen von Freiheit verstanden werden müssen. Eine so verstandene Freiheit ist eine bloß gedachte Freiheit, da sie von allen Voraussetzungen abstrahieren muss. Ein sinnvoller Begriff von Freiheit muss aber die Bedingungen ihrer Verwirklichung mit einbeziehen. Anderenfalls kann es kein freies Verhältnis zu diesen Bedingungen selbst geben, sondern sie treten dem Handelnden als fremde, nicht als die eigenen wirklichen

Voraussetzungen gegenüber. Die Voraussetzungen der Freiheit des Einzelnen sind aber eben in seiner Gesellschaftlichkeit zu suchen. Nur indem die Menschen in gemeinsamer Arbeit in und an der Natur, diese erkennen und verändern, kann Freiheit realisiert werden. Nun treten aber die gesellschaftlichen Bedingungen den Menschen selber als fremde gegenüber, obwohl sie von ihnen selbst hergestellt werden. Genau das aber gilt es zu ändern. Dazu muss die eigene Gesellschaftlichkeit von den Individuen angeeignet werden, indem auch sie in ihren Gesetzmäßigkeiten erkannt und unter die gemeinsame Kontrolle der gesellschaftlichen Individuen gestellt wird.

Die Aneignung der außermenschlichen Natur geschieht durch die menschliche Arbeit und sie ist es auch, durch die der gesellschaftliche Zusammenhang der Menschen hergestellt und verändert wird. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft, wie der modernen kapitalistischen, arbeiten die Menschen nicht bloß für sich selber, sie sind in ihrer Tätigkeit immer schon auf andere Menschen bezogen. So ist es auch leicht einzusehen, warum Organisationsversuche in der Vergangenheit immer von der Art ausgingen (und ausgehen mussten), in der die Menschen in ihrer Arbeit bereits organisiert waren. So hat sich die historische Arbeiterbewegung Formen der Organisation gegeben, die der Organisation der Arbeiter in der Fabrik entsprachen. Die Arbeitsorganisationsformen aber haben sich in den letzten 40 Jahren stark verändert. In den entwickelten kapitalistischen Zentren wird immer weniger nach dem Befehlssystem der alten Fabrik gearbeitet (auch wenn das natürlich immer noch existiert). Immer mehr setzt sich eine Form durch, die darauf setzt, einem Team die Rahmenbedingungen für eine Tätigkeit vorzugeben, wobei der Lösungsweg selbsttätig gesucht werden muss. Die einzelnen Arbeitenden müssen sich dabei mit der Gesellschaftlichkeit ihrer Tätigkeit auseinandersetzen.

zen, indem sie auf die Profitabilität ihrer Tätigkeit achten müssen. Die Rolle des Unternehmers geht so immer mehr auf die Arbeitenden selbst über. Indem die Arbeit auf diese Weise organisiert ist, kann eine Bewegung, die die Struktur der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion verändern will, nicht mehr auf hergebrachte Organisationsformen zurückgreifen, in denen die Individuen der Organisation bloß untergeordnet sind. Die Bewegung der Empörten und Besetzer versucht dieser Entwicklung (wenn auch unbewusst) Rechnung zu tragen, indem sie offene Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen ausbildet. Aus diesen aus gutem Grund gewählten Strukturen muss aber eine wirkliche Einheit der in ihnen begriffenen Individuen herausgebildet werden, die sich auch in einer theoretischen Einheit ausdrücken muss. Das heißt nicht, dass hierdurch Diskussionen und offene Prozesse ausgeschlossen sind, gerade in ihnen muss sich die Einheit bewähren. Es geht vielmehr darum, dass nur eine der gesellschaftlichen Wirklichkeit angemessene Theorie eine entsprechende gesellschaftsverändernde Praxis anleiten kann.

Entsprechend der veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeit müssen Formen der Organisation entwickelt werden, die der Individualität der Beteiligten nicht entgegengesetzt sind, sondern ihr entsprechen. Allerdings kann der Individualität nicht dadurch entsprochen werden, dass man sie aus allen Zusammenhängen (die ja eigentlich erst die Individualität ermöglichen und ausmachen) herauslöst. Eine solche Organisation muss auf die Basis der Gesellschaft zielen und kann, wenn sie wirkliche Veränderungen bewirken will, nicht bei rein politischen Forderungen stehen bleiben. Dazu müssen die noch voneinander isolierten Bewegungen aufeinander bezogen und vereinigt werden. Nur wenn es gelingt, aus den von den gesellschaftlichen Zumutungen irritierten und

empörten Menschen eine organisierte Kraft zu bilden, können die Verhältnisse umgewälzt werden.

Frédéric Löwinger für *projekt [k]*